



50 Jahre RI

RennerInstitut



- 50 Jahre** Einblicke in politische Zusammenhänge.
- 50 Jahre** staatsbürgerliche Bildungsarbeit.
- 50 Jahre** Raum für Weiterentwicklung unserer Demokratie.
- 50 Jahre** Nachwuchsförderung und programmatische Arbeit.

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

Karl-Renner-Institut
Karl-Popper-Straße 8
1100 Wien
www.renner-institut.at

Redaktion

Maria Maltschnig, Sebastian Schublach

Lektorat

Madhavi Hussajenoff, Sylvia Rauscher

Grafik Design, Illustration & Layout

elfinger/Steffi Sobotka

Druck

Druckerei Janetschek GmbH
1040 Wien

Alle Fotos, so nicht anders angegeben,
sind aus dem Fotoarchiv des Karl-Renner-Instituts

Diese Broschüre wurde auf FSC-zertifiziertem
Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft gedruckt.
Sie ist CO₂-kompensiert und klimaneutral.
Hergestellt in Österreich.

1. Auflage, 2022



Doris Bures

Präsidentin des Karl-Renner-Instituts

„Durch dieses Dr.-Karl-Renner-Institut werden in Zukunft Generationen von Vertrauensmännern und -frauen der sozialistischen Bewegung gehen. Von dem, was sie in ihm lernen, von den Methoden, die angewendet werden, wird in hohem Maße ihre Qualität als politische Funktionäre und damit die Qualität des politischen Lebens abhängen.“

Bruno Kreisky brachte in seiner Rede zur Konstituierung des wissenschaftlichen Beirates des Dr.-Karl-Renner-Instituts im Dezember 1972 mit diesem Satz sein Verständnis der Bildungsarbeit politischer Akademien zum Ausdruck. Sie solle die Menschen, die in der Politik tätig sind, dabei unterstützen, ihre Funktion, ihr Mandat bestmöglich auszuüben – mit großer Sachkenntnis, mit einem umfassenden Verständnis von Gesellschaft, Geschichte, Demokratie und Ökonomie. Und mit der Fähigkeit, in der eigenen politischen Rolle so wirkmächtig wie möglich zu sein. Parteien sind eine zentrale Säule unserer parlamentarischen Demokratie – und tragen damit eine große Verantwortung. Sie

sind, wie Kreisky es formuliert hat, ein „Verbindungsglied zwischen Regierung und Regierten“. Als Orte der demokratischen Beteiligung und Meinungsbildung, als Anknüpfungspunkte für Aktivismus und als Interessensvertretung. Die politischen Akademien stärken die Parteien in dieser Rolle: sie sind **Impulsgeber für programmatische und organisatorische Weiterentwicklung und schaffen Raum für den offenen und kritischen Austausch** mit Expert:innen und Wissenschaftler:innen. Sie unterstützen Parteien dabei, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. **Damit tragen sie auch zur Qualität und Weiterentwicklung der Demokratie bei.**

Wenn wir heuer 50 Jahre Karl-Renner-Institut feiern, können wir mit Stolz auf die Geschichte und mit Zuversicht Richtung Zukunft blicken. Seit seiner Gründung hat es tatsächlich vielen „Generationen von Vertrauensmännern und -frauen“ das Handwerk, das Wissen und die politischen Grundwerte mitgegeben, die sie für ihre Tätigkeiten benötigten. In einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen



und Konferenzen waren Intellektuelle, Aktivist:innen und Politiker:innen aus der ganzen Welt zu Gast und haben ihre Einsichten und Analysen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Und ich bin zuversichtlich: Das Karl-Renner-Institut wird auch in Zukunft ein offener Ort der Bildung, des Dialogs und der kritischen Reflexion sein. Denn heute gilt es mehr denn je den demokratischen Diskurs zu stärken, mehr Menschen zum politischen Mitwirken zu aktivieren und die richtigen Antworten auf die Herausforderungen, die vor uns liegen, zu finden. Die Anforderungen an die Repräsentant:innen demokratischer Parteien haben sich seit Bruno Kreisky stark verändert. Die politische Kultur wurde transparenter und dank

digitaler Kommunikation via Social Media auch dynamischer und fokussierter. Wer heute politische Funktionen und Ämter wahrnimmt steht tagtäglich und stündlich auf einem öffentlichen Prüfstand. Das bedeutet auch für die politische Bildung im Karl-Renner-Institut dynamische Veränderungen und stets wechselnde neue Herausforderungen.

Diesen wollen und werden wir uns auch Zukunft mit aller Professionalität und Leidenschaft stellen!

Doris Bures



Maria Maltznig, Pamela Rendi-Wagner, Doris Bures, Michael Ludwig, Eröffnung des neuen RI-Standortes, 2019 | Foto: Astrid Knie



Dr.in Pamela Rendi-Wagner
Vorsitzende der SPÖ

Österreich ist 1972, im Gründungsjahr des Karl-Renner-Instituts, ein anderes Land: es gibt keinen gesetzlichen Mindesturlaub. Die 48-Stunden-Woche ist die Regel. Frauen dürfen ohne die Zustimmung ihres Mannes nicht arbeiten. Sie haben auch keine legale Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch. Schulbücher sind kostenpflichtig.

Diese Liste ließe sich noch lange weiterführen. Dass sich seitdem Vieles zum Besseren gewandelt hat, ist kein historischer Zufall. Es ist das Ergebnis einer Politik, die mit Zuversicht und Gestaltungswillen an den Herausforderungen der Zukunft gearbeitet hat. Die offen war für Neues und aktiv den Austausch mit der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft gesucht hat. Und die es geschafft hat, ihre Ideen – gegen viel Widerstand – in die Realität umzusetzen. Der Unterschied, wer regiert, kann eine ganze Generation verändern, und kann ein ganzes Land nach vorne bringen.

Der Geist der berühmten 1.400 Expert:innen, die Ende der 1960er Jahre auf die Bitte von Bruno Kreisky „Alternativen für ein modernes

Österreich“ diskutierten und vorlegten, lebt auch Jahrzehnte später in der inhaltlichen Arbeit der SPÖ weiter. Zahlreiche Diskursprojekte und Austauschformate haben seither unsere programmatische Arbeit begleitet, sämtliche Grundsatz- und Wahlprogramme wurden unter enger Einbindung von Wissenschaftler:innen und Expert:innen aus der Zivilgesellschaft erarbeitet. Im Karl-Renner-Institut wurde und wird dieser Austausch kontinuierlich und strukturiert gepflegt, sowohl in Österreich, als auch über die Landesgrenzen hinaus.

Denn: **es braucht in der Politik Orte, an denen wir grundsätzlichen Fragen nachgehen können.** Wo wir – über den Zeithorizont der Tagespolitik hinaus – darüber nachdenken können, welche Vorstellung wir von einem besseren Land, einer besseren Zukunft haben. Das Karl-Renner-Institut ist ein solcher Ort. Auch für die so wichtige Nachwuchsförderung ist das Karl-Renner-Institut eine zentrale Säule. Als Bruno Kreisky das Institut 1972 im Rahmen der großen Demokratieoffensive in den Anfangs-

jahren seiner Kanzlerschaft gründete, hat er mit diesem neuen „Zentrum der politischen Bildungsarbeit der sozialistischen Bewegung“ ein politisches Vorhaben verwirklicht, das er seit seiner Zeit in der Arbeiterjugend in sich getragen hatte. Als politische Akademie der SPÖ hat das Karl-Renner-Institut seitdem nicht nur unzählige Funktionär:innen, Mandatar:innen und Aktivist:innen aus- und weitergebildet, es hat auch viele (junge) Menschen dazu motiviert, politisch aktiv zu werden. Und damit immer wieder für frischen Wind gesorgt.

Das Karl-Renner-Institut hat 50 Jahre lang wertvolle Beiträge zur inhaltlichen und personellen Weiterentwicklung der SPÖ geleistet. Dafür sage ich Danke und wünsche alles Gute für die nächsten 50 Jahre!



Dr.in Pamela Rendi-Wagner



Eine moderne politische Bildungsarbeit

Maria Maltschnig

Staatsbürgerliche politische Bildungsarbeit, wie sie den Parteiakademien gesetzlich aufgetragen wird, öffnet einen großen Raum für vielfältige Aktivitäten und Themenfelder. Das Karl-Renner-Institut füllt diesen Raum mit Ausbildungsangeboten, die das politische Handwerk vermitteln, mit diversen Formaten, um sozialdemokratische Positionen im weitesten Sinne zu diskutieren und Einsichten über gesellschaftliche und politische Vorgänge zu bieten. Es ist aber auch ein Ort, an dem Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen, die über Menschen- und Gesellschaftsbilder, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Zusammenhänge nachdenken, **miteinander in Austausch treten und damit auch Impulse für die programmatische Weiterentwicklung der Sozialdemokratie setzen.**

Zeitgemäße Ausbildung & Qualifizierung

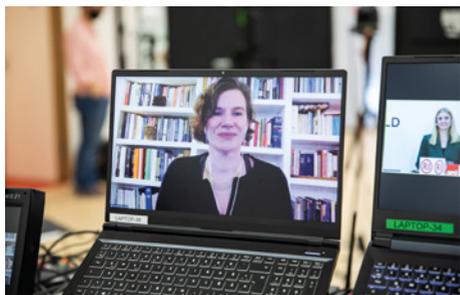
Die Ausbildungsangebote des Karl-Renner-Instituts sind dann erfolgreich, wenn es uns gelingt, den Teilnehmer:innen einen Blick über ihren eigenen Wirkungsbereich hinaus zu ermöglichen, ihr Netzwerk zu verstärken und sie mit viel zusätzlicher Motivation in ihre Aufgaben zurückkehren. Und sie funktionieren dann, wenn die Absolvent:innen der Seminare und Lehrgänge das Gelernte und ihre erworbenen Einblicke und Kontakte für ihre Tätigkeit nutzen können.

Die Seminare und Lehrgänge des Karl-Renner-Instituts stellen für viele, die in der SPÖ aktiv sind, seltene Gelegenheiten dar, bei denen sie Gleichgesinnte aus ganz Österreich treffen, die ähnliche Ziele verfolgen, die mit ähnlichen Herausforderungen



Pamela Rendi-Wagner bei der RI-Zukunftsakademie 2017 | Foto: Thomas Peschat

konfrontiert sind. Das ist auch der Grund, warum in den vergangenen Jahren verstärkt auf den Austausch der Teilnehmer:innen der Parteischulen und Nachwuchsakademien in den Bundesländern gesetzt wurde.



Mariana Mazzucato bei der virtuellen Verleihung des Kurt-Rothschild-Preises für Wirtschaftspublizistik, 2021 | Foto: Astrid Knie

Die Digitalisierung verändert – verstärkt durch die Corona-Pandemie – die Art und Weise, wie Kampagnen geführt werden, wie Politik kommuniziert wird und auch wie politische Bildungsarbeit funktioniert. Wir wissen, dass die persönliche Begegnung nicht durch den verkürzten Diskurs auf Social Media Plattformen und durch Zoom-Webinare ersetzt werden kann. Diese Kanäle können aber dabei helfen, geografische Distanzen zu verringern und Vereinbarkeit zwischen Politik, Beruf und Privatleben zu verbessern. Darüber hinaus eignen sich digitale Formate in Form von erklärenden Videos oder Podcasts durchaus dafür, auch komplexe Zusammenhänge einfach zugänglich zu machen. Das Vermitteln digitaler Kompetenzen für die politische Arbeit gehört mittlerweile zum Standardrepertoire in der politischen Bildungsarbeit.

Eine zentrale Aufgabe des Karl-Renner-Instituts ist es, den **politischen Nachwuchs zu fördern** und mit der Ausbildung besonders stark bei den Jungen anzusetzen. Das passiert seit langem in enger Kooperation mit den sozialdemokratischen Jugend-

organisationen, die über ein großes Ausmaß an Organisationskompetenz und Innovationskraft verfügen und damit auch immer wieder neue Impulse für die Ausbildungsarbeit des Karl-Renner-Instituts liefern. Viele Ressourcen werden in jene Lehrgänge investiert, die sich speziell an den politischen Nachwuchs richten, sei es die Akademie der Jugend, die Europapolitische Akademie oder auch die seit einigen Jahren angebotene Medienakademie, die angehenden Journalist:innen und Kommunikationsarbeiter:innen den Einstieg in das Metier ermöglichen soll.

Einen starken Bedarf gibt es nach wie vor an speziellen Angeboten für Frauen in der Politik. Die Frauenakademie bildet dabei seit 20 Jahren einen hochprofessionellen Rahmen, in denen Politikerinnen aus ganz Österreich ihre feministische Bildung vertiefen und ihr Profil weiterentwickeln können.



Mitgliederrat zur Erarbeitung eines neuen SPÖ-Grundsatzprogramms, 2018 | Foto: Astrid Knie

Mit den Landesstellen in die Breite wirken

Viele politisch aktive Menschen betätigen sich quer durch das ganze Land in Orts- und Bezirksparteien, kandidieren auf Gemeinderatswahllisten und versuchen die Wähler:innen in jedem Winkel des Landes davon zu überzeugen, bei Landtags-, Nationalrats- und EU-Wahlen der SPÖ ihre Stimme zu geben. Die Ausbildungsangebote den Aktivist:innen, Kandidat:innen und Funk-

tionär:innen in allen Bundesländern und direkt vor Ort zur Verfügung zu stellen, wäre ohne die Leiter:innen der Landesstellen des Karl-Renner-Instituts in den SPÖ-Landesorganisationen und der Wiener Bildungsakademie nicht annähernd in der Intensität und Qualität machbar. Unterstützt wird diese Arbeit vor Ort nicht nur durch finanzielle Ressourcen, sondern auch durch einen regelmäßigen Austausch zwischen den Ausbildungsverantwortlichen in den Bundesländern und den Projektverantwortlichen aus dem Bundes-Karl-Renner-Institut. Daraus ergibt sich ein regelmäßig aktualisiertes Bild, das die Bedürfnisse aller politischen Ebenen offenlegt und ständig eine Weiterentwicklung des Ausbildungsangebotes anregt.

Wissenschaft und Politik miteinander ins Gespräch bringen

Ein „Scharnier“ zwischen Wissenschaft und Politik zu bilden: Wo kann das besser funktionieren, als in einer Parteiakademie, die Themen längerfristig bearbeiten kann, in der Menschen arbeiten, die sowohl mit dem Wissenschaftsbetrieb vertraut sind, als auch die politische Praxis kennen? Die einen klaren parteipolitischen Auftrag hat und einen Diskussionsraum abseits der täglichen Schlagzeilen anbieten kann?

Es ist eine Konstante in der Arbeit des Karl-Renner-Instituts, einen Dialograum zu schaffen, in dem Wissenschaftler:innen auf der einen und sozialdemokratische Politiker:innen auf der anderen Seite zusammenkommen. Den Kern dieser Aktivitäten bildet aktuell eine kleine Runde junger Wissenschaftler:innen aus unterschiedlichen Disziplinen, die zusammenkommt und grundlegende aktuelle gesellschaftliche und politische Fragen diskutiert. Darum herum spannt sich ein großes Netzwerk von Expert:innen aus Forschung und Lehre, die an Aktivitäten



Maria Maltschnig beim Treffen der Nachwuchsakademien, 2022 | Foto: Astrid Knie

des Karl-Renner-Instituts teilnehmen, die den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik befördern. Das sind zum einen moderierte Gespräche zwischen Wissenschaftler:innen und Politiker:innen, die in ihren jeweiligen Rollen an dem gleichen Thema arbeiten. Eine empirische Arbeit über Stadtplanung und den sozialen Wohnbau ist für Politiker:innen, die mit diesen Themen befasst sind, ganz augenscheinlich relevant. Aber auch für jene, die diese Arbeiten verfassen, ist ein Austausch mit den zuständigen Politiker:innen hilfreich. Zu schnell übersehen Wissenschaftler:innen, welche Auswirkungen die Form der Entscheidungsfindung, die Suche nach einem Interessensausgleich und das bürokratische Regelwerk auf politische Projekte haben. Und oft geht dann im direkten Gespräch der Knoten auf. Von diesem Austausch und gegenseitigen Zuhören profitieren beide Seiten.

Und zum anderen wurde noch unter dem Eindruck von Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise und der damit verbundenen Erkenntnis, wie hartnäckig sich neoliberale Mythen im ökonomischen und wirtschaftspolitischen Diskurs halten, 2015 der Kurt-Rothschild-Preis für Wirtschaftspublizistik ins Leben gerufen. Benannt nach dem großen österreichischen Ökonomen, der stets einen sozialen Anspruch an die als Wissenschaft betriebene Ökonomie gestellt hat, zeichnet das Karl-Renner-Institut gemeinsam mit dem SPÖ-Parlamentsklub seither Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler:innen aus, die durch ihre exzellente Forschung neue Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit erarbeiten – im Geiste von Kurt Rothschild, jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie. Als Preisträger:innen in Frage kommen dabei jene, die auch über ihre rein akademischen Aufgaben hinauswirken und ihr Wissen in den breiteren öffentlichen Diskurs einbringen. Neben großen Namen wie Peter Bofinger, Kate Raworth, Marcel Fratzscher, Mariana Mazzucato und Emmerich Tálos finden sich unter den Preisträger:innen zahlreiche wissenschaftliche Nachwuchstalente, die jedes Jahr im Rahmen der Preisverleihungen zu einem gemeinsamen Austausch eingeladen werden.

Diese Aktivitäten stehen, so wie die zahlreichen öffentlichen Vorträge von Wissenschaftler:innen auf Veranstaltungen und im „Rotfunk“-Podcast des RI, im Geiste des Gründers des Karl-Renner-Instituts, Bruno Kreisky, für den die Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise in programmatische Überlegungen so wichtig war. Und sie ergänzen den Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch, der nach vielen erfolgreichen Jahren nicht mehr aus dem Karl-Renner-Institut wegzudenken ist.

Die internationale Dimension

Bruno Kreisky stand bei der Gründung des Karl-Renner-Instituts unter dem Eindruck seiner Erfahrungen mit der Arbeiterbildungsorganisation in Schweden und den eindrucksvollen Aktivitäten der deutschen Parteistiftungen, insbesondere der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung. In beiden Ländern sind die dem Karl-Renner-Institut entsprechenden Parteistiftungen stark außenpolitisch orientiert und arbeiten eng mit Sozialdemokrat:innen aus anderen Ländern zusammen.

Auch das Karl-Renner-Institut widmete sich seit seiner Gründung durchgehend besonders ausführlich der internationalen Politik. Über die Jahrzehnte waren das

etwa die Europäische Integration, die Demokratisierung in Osteuropa rund um den Fall des Eisernen Vorhanges oder die Globalisierung und ihre Auswirkungen auf die Verteilung des Wohlstands auf dieser Welt.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, denen sich das Karl-Renner-Institut immer gewidmet hat, in diesem Jahr eine schmerzvolle Dringlichkeit verliehen. Die Diskussion über die Auswirkungen dieser Aggression, mögliche Lösungswege, Friedensschaffung und Friedenssicherung und die oft unterschätzte Bedeutung des Kampfes um die Demokratie – im eigenen Land, aber auch weit darüber hinaus – wird in den kommenden Jahren einen großen Platz im Programm des Karl-Renner-Instituts einnehmen.

Offenen Blicks Richtung Zukunft gehen

Das Karl-Renner-Institut wird sich als zeitgemäße politische Bildungseinrichtung ständig weiterentwickeln, um den neuen Herausforderungen und Anforderungen an Politiker:innen gerecht zu werden. **Es wird neugierig und innovativ bleiben und immer wieder Neues ausprobieren.** Es wird die eigenen Arbeitsweisen immer wieder reflektieren, hinterfragen und anpassen. Der Spagat zwischen langfristigem Nachdenken und schnellem Reagieren auf neue Rahmenbedingungen begleitet uns seit Anbeginn und Generationen von RI-Mitarbeiter:innen haben gezeigt, wie es gehen kann. Darauf bauen wir auf und gehen weiter Richtung Zukunft.



Albin Kurti, Premierminister des Kosovo, hat mit uns über die Lage in Südosteuropa gesprochen, 2021

Seit 2007 unter federführender Mitwirkung des Karl-Renner-Instituts und besonderer persönlicher Involvierung des damaligen Direktors Karl Duffek die in Brüssel ansässige und aus Mitteln des Europäischen Parlaments finanzierte Foundation for European Progressive Studies (FEPS) gegründet wurde, haben sich die Europäischen Kontakte des Karl-Renner-Instituts institutionalisiert. Zahlreiche Projekte werden jedes Jahr mit den europäischen Partner:innen umgesetzt. Sie spannen sich über programmatische Arbeitsgruppen und wissenschaftliche Publikationen bis zu regionalen Schwerpunktprojekten. Und hier hat sich das Karl-Renner-Institut stark auf die Regionen Westbalkan und Osteuropa fokussiert, ohne die großen globalen Fragen dabei aus den Augen zu verlieren.



Maria Maltschnig ist seit 2016 Direktorin des Karl-Renner-Instituts



Bei den Mitgliederräten haben Expert:innen mit Mitgliedern und Politiker:innen über programmatische Fragen diskutiert, 2018 | Foto: Astrid Knie

Karl Renner

Republikanisches Fundament zwischen Glanz, Patina & Schatten

Michael Rosecker

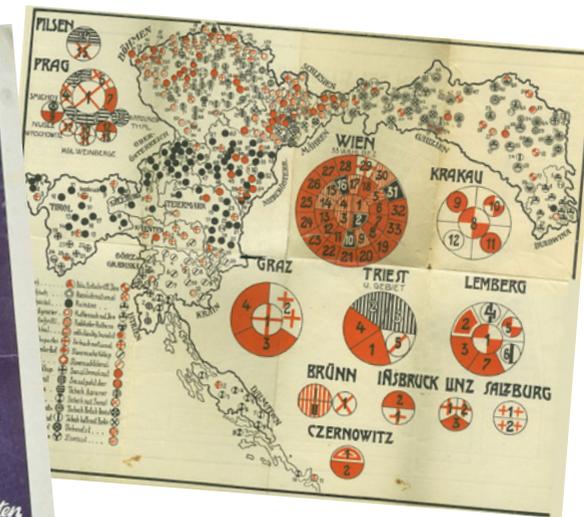
Ein Namensgeber als typisch österreichische Gestalt

Anlässlich des 70-Jahr-Jubiläums der Zweiten Republik erhob „Der Standard“ die Bekanntheit von Persönlichkeiten, „die 1945 die Republik wieder aufgebaut haben“. Das eindeutige Ergebnis zeigte, dass 93 Prozent der Befragten sich noch an Karl Renner erinnerten und er somit – doch mit 6 Prozent Abstand – an erster Stelle vor Leopold Figl lag.¹ Und wen wundert es? Kaum eine andere österreichische Politiker:innengestalt hat diese Republik in ihrer komplizierten Geschichte im 20. Jahrhundert geprägt wie er. Kaum ein anderer ist bis heute derart beliebtes Objekt für geschichtsträchtige Feierstunden und für geschichtspolitische Auseinandersetzungen wie der zweimalige Staatskanzler und spätere Bundespräsident. Karl Renner vereint in seinem langen Politikerleben alle noch so widersprüchlichen österreichischen Geschichtsstränge. Er repräsentiert Österreichs Brüche, Tragödien, Glanz- und genauso dessen Fehlleistungen. So war er in kurzer Abfolge gescheiterter austromarxistischer Reformator des habsburgischen Vielvölkerstaates und strategischer Kopf und die ordnende Hand der Republik-



Karl Renner hat seine Gedanken in unzähligen Publikationen veröffentlicht

gründung 1918/19. Als führender Parlamentarier verstrickte er sich ins fatale politische Handgemenge der Ersten Republik und endete nach deren gewaltsamen Beseitigung 1934 als politischer Gefangener des Austrofaschismus. Und nicht zuletzt war er mit seinem Anschluss-Ja an Hitler-Deutschland 1938 sowohl Repräsentant des belasteten Verhältnisses Österreichs zu sich selbst, als auch der



Links: Die für 1931 angesetzte Volkswahl des Bundespräsidenten wurde aus Angst vor einer Verschärfung der politischen Spannungen durch den Wahlkampf abgesagt | Oben: Das Wahlergebnis der Reichsratswahl 1911 | Alle Fotos: Karl-Renner-Museum

„Vater des Vaterlandes“² bei der Wiedererrichtung der Republik 1945. So scheint es geschichtspolitisch mehr als nachvollziehbar, dass Bruno Kreisky, der sich öffentlich in seiner Rolle als Bundeskanzler als „Schüler und Jünger des großen Staatsmannes Dr. Karl Renner“³ bezeichnete, im Vorfeld der Gründung der politischen Akademie der SPÖ auf deren Benennung als Dr.-Karl-Renner-Institut beharrte. Diese Entscheidung wurde durchaus kontrovers diskutiert, so hätte etwa die SPÖ Wien gerne ein Otto-Bauer-Institut gehabt.⁴

Fundament der demokratischen Republik

Als Produkt des Ersten Weltkriegs war Österreich die Staat gewordene Ambivalenz. Kriegstrauma, Hunderttausende Tote und Invalide, eine fatale volkswirtschaftliche Lage, undefinierte Staatsgrenzen und das Gefühl, ein „Zwergstaat“ und eine „Zwergwirtschaft“ geworden zu sein, prä-

ten eine weitverbreitete Grundstimmung des Übrigbleibens. Erfüllt mit Phantomschmerzen der „Schumpfung“ in Größe und Bedeutung standen sich große Ideen des Fortschritts und der Reaktion unter einem für viele zu kleinen und nun „fremden“ Gemeinwesen gegenüber. Vertreten durch Repräsentant:innen, die kaum in der Lage waren, eine gemeinsame politische Kultur zu entwickeln. Große Widersprüche bildeten sich an den Grenzen der beiden großen politischen Lager ab. Arbeit versus Besitz, Stadt versus Land, Landwirtschaft versus Industrie und vehement vertretener Laizismus versus parteipolitischem Katholizismus.

Einer, der diese **Ambivalenzen auszuhalten, zu lösen oder zu „vereinen“ versuchte**, war Karl Renner. Aus dem habsburgischen Zusammenbruch heraus, versuchte er friedlich und gewaltfrei die Republik zu organisieren. Um dies zu erreichen, prägte er das doch etwas eigentümliche Bild von

1 Der Standard, 25./26.4.2015, 4.

2 Arbeiterzeitung, 6.1.1951, 1. Ebenso: <http://mediawien-film.at/film/455/>

3 Präsidium der Sozialistischen Partei Österreichs (Hg.), Bruno Kreisky. Reden, Band 2 (Wien 1981) 789.

4 Vgl. Ulrich Brunner, Lernen S' Geschichte, Herr Reporter. Bruno Kreisky – Episoden einer Ära (Wien 2020) 76 ff.



Die Regierung Karl Renner I im Februar 1919 | Foto: Karl-Renner-Museum

der **demokratischen Republik als großen Kompromiss zwischen Bürgertum, Arbeiterschaft und Bauernstand**. Bis heute ist diese Symbolik in das Staatswappen der Republik eingeschrieben. Im Geiste der Logik dieses Kompromisses und seiner Idee vom demokratischen Hineinwachsen in den Sozialismus entwickelte Renner die Vorstellung einer Politik des kontinuierlichen Ausverhandelns und Ausgleichs. Diese institutionalisierte politische Praxis sollte gerade durch interessen- und gesichtswahrendes Entgegenkommen Zug um Zug eine demokratische Kultur schaffen, die Stabilität und eine Dynamik der kontinuierlichen Weiterentwicklung hin zu einem grundsätzlichen Umbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zulässt. Im Jahr 1920 beschrieb er dieses frühe Bild einer österreichischen „Sozialpartnerschaft“ folgendermaßen: **„Nicht die Diktatur der einen Klasse über die andere, sondern die verhältnismäßige Anteilnahme aller werktätigen Klassen an der Macht, somit nicht Alleinherrschaft, sondern Mitregierung.“**⁵ Dieses Konzept scheiterte in Österreich in der Zwischen-

kriegszeit unter anderem am Fehlen einer kollektiven Vorstellung einer gemeinsamen Zukunft, an Mentalreservierungen politischer sowie wirtschaftlicher Eliten gegen die demokratisch-republikanische Grundordnung und an der Fragmentierung der Lebenswelten bzw. Milieus. Dieser ständige Versuch Renners, Konflikte kurzfristig Kompromissen zuzuführen und sie im Endeffekt mittelfristig zu verrechtlichen, damit sie dann institutionalisiert überwindbar sind, prägte sein politisches Leben. All das wurde von seiner Grundannahme getragen, dass selbst der Klassenkampf nur in einem gemeinsamen Rahmen, einem „höheren Ganzen“, geführt werden kann, denn: „Geht dieses dabei in Trümmer, so ist aller Klassenkampf um seine möglichen Früchte betrogen.“⁶ Für dieses Erhalten bzw. Schaffen des Gemeinsamen ging er zeitlebens weit: 1918/19, um die Republik zu gründen; im Februar 1934, um den bewaffneten Konflikt zu verhindern; im Austrofaschismus, um irgendeinen legalen Rahmen für die Agitation der Arbeiter:innenbewegung und das gemeinsame österreichische

Auftreten gegen Nazi-Deutschland zu erreichen; 1938, um verhängnisvoll und irritierend dann doch im „Anschluss“ die unvollendete „gesamtdeutsche“ Staatswerdung von 1918/19 nachzuholen; und schließlich im April 1945, um die ungeteilte Wiedererrichtung der demokratischen Republik zu schaffen. Mit dieser politischen Praxis, die große Visionen und die normative Kraft des Faktischen amalgamierte, um das vermeintliche Maximum bzw. Bestmögliche für das Gemeinwesen herauszuholen, verdankt ihm bis heute die demokratische Republik maßgeblich ihre Existenz (1918) und ihre Erneuerung (1945) mit ihren Stärken, Widersprüchen und ihrer historischen Sendung sowie Verantwortung.

Ein Volksbildner – Demokratie muss erlernt werden

Eine Institution der politischen Bildung und der demokratischen Kulturpflege nach Karl Renner zu benennen, war für Bruno Kreisky natürlich naheliegend, da Renner wie kaum ein anderer österreichischer Politiker bei all seinen politischen Plänen und Projekten immer die Bildungsfrage mitbedacht hatte. Bereits sein Einstieg in die Sozialdemokratie erfolgte über die Arbeiter:innenbildung. In den Hinterzimmern von Wirtshäusern und in Arbeiterkellern vermittelte er dem Proletariat marxistische Schriften und Volksökonomie. Als Staatskanzler war er der Überzeugung, dass die junge Demokratie und Republik eine funktionierende Zeitungslandschaft genauso braucht, wie gut ausgebildete Journalist:innen. Dafür schrieb er ein Memorandum, in dem er „Hochschulkurse für Pressewesen“ forderte. Kurse für „Journalistenanwärter“ und das breite Publikum sollten zum einen das **allgemeine Wissen u. a. über Recht, Geschichte, Volkswirtschaft, Kunst und Literatur vergrößern**

und zum anderen das **Bewusstsein über die Funktionsweisen der demokratischen Öffentlichkeit stärken**. Ebenso sollte der immens schlechte Ruf des Journalist:innenberufs durch erhöhte Qualität verbessert werden. All das scheiterte, vor allem an der im Journalismus und an den Universitäten vorherrschenden Ideologie einer angeborenen „Begabung“ für den Beruf des „Tagesschriftstellers“ sowie die Furcht der etablierten Schreiber:innen, von jüngeren und besser ausgebildeten Kolleg:innen verdrängt zu werden.

Der Genossenschafter Karl Renner hingegen etablierte 1927 erfolgreich eine „Geschäftsführerschule“. Damit sollten einfache Arbeiter:innen im Rahmen ihres genossenschaftlichen Wirkens die Chance bekommen, sich betriebs- und volkswirtschaftlich auszubilden, um sich in der klassenkämpferischen **Auseinandersetzung von Elitenwissen in Fragen der Ökonomie emanzipieren zu können**. Wer die Wirtschaft beeinflussen und verändern will, muss sie verstehen und das notwendige Handwerkszeug beherrschen, lautete sein Credo. Später, als Bundespräsident der Zweiten Republik, sollte Renners wirtschaftskundliches Bildungsendagement einen symbolischen Höhepunkt finden. Zu seinem 80. Geburtstag eröffnete er das Bildungsheim des Konsumverbandes namens „Hohe Warte“ zur Weiterbildung von Mitarbeiter:innen und Führungskräften.

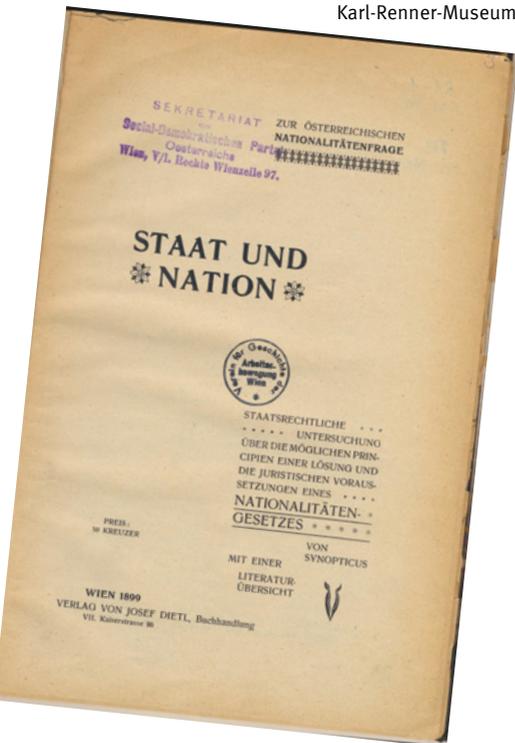
Im Rahmen der sozialdemokratischen Bewegung sind seine bildungspolitischen Höhepunkte die 1903 durch ihn mitbegründete erste Wiener Arbeiterschule namens „Zukunft“ und die 1925 als eine Art Gegenuniversität ins Leben gerufene „Arbeiterhochschule“, an der Helene und Otto Bauer, Max Adler, Friedrich Adler, Otto Neurath und eben auch Karl Renner unterrichteten. Alle Vortragenden wollten für die anbrechende neue Zeit des Sozia-

5 Stenographisches Protokoll der 74. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich. Mittwoch, den 21.4.1920, 3

6 Die Gesellschaft – Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Jg. 7, Berlin 1930/1, 139 f.



Oben: Familie Renner, 1893
 Unten: Eine der ersten Publikationen
 Karl Renners, 1899 | Beide Fotos:
 Karl-Renner-Museum



lismus Wissenschaft und Arbeiter:innen-schaft vereinen. Bereits in der Monarchie liebte er es auch, an den verschiedenen „Parteischulen“ in den Bundesländern zu unterrichten und dem politischen Nachwuchs Orientierung zu geben. Auf dem wissenschaftlichen Feld gilt er ebenso, neben Rudolf Goldscheid, Max Adler, Carl Grünberg, Wilhelm Jerusalem, Ludo Moritz Hartmann und Josef Redlich, als Mitbegründer der „Soziologischen Gesellschaft in Wien“. Diese wurde 1907 ins Leben gerufen. Diese Liste von erfolgreichen und gescheiterten Bildungsplänen und -hoffnungen ließe sich fortführen. So ist es nur schlüssig, dass der spätere erste Direktor des Karl-Renner-Instituts, der Historiker Karl R. Stadler, in einer 1970 herausgegebenen umfassenden Renner-Bibliografie im Vorwort schrieb, dass für den einfachen Bauernsohn aus Südmähren zeitlebens „das ganzen Reich – und später die Republik – ein einziges Klassenzimmer war.“⁷ Vielleicht klingt das altmodisch. Jedoch verweist die Patina dieses volksbildnerischen Anspruchs bis heute auf die **untrennbare Verbindung von funktionierender Demokratie und breit angelegter politischer Bildung.**

Die großen Leistungen würdigen, die Schatten ausleuchten

Eine Beschäftigung mit Karl Renner, dieser zentralen österreichischen politischen Gestalt, wird weiterhin, jenseits von Verdammung und Hagiografie, notwendig sein, will man sich nicht eines zentralen Schlüssels zum Verständnis der Geschichte dieses Landes berauben. Auch wir im Karl-Renner-Institut unterziehen Glanz, Patina und Schatten dieses Mannes immer wieder einer wissenschaftlich-kritischen Betrachtung. An den geschichtspolitischen Debatten nehmen wir teil und stellen uns ihnen. Über ihn – und andere



Karl Renner spricht mit Pressevertretern nach seiner Ankunft in Wien, am 19. April 1945 | Foto: Karl-Renner-Museum

relevante Persönlichkeiten der Republikgeschichte – wird weiterhin partei- und geschichtspolitisch gestritten werden, wie es einer demokratisch-republikanischen Gedenkkultur gut ansteht.

Karl Renners politisches Leben zeigt uns bis heute ungebrochen, **wie hart das Errichten bzw. Erhalten einer demokratischen Gesellschaft ist und wie schwer Stabilität und Frieden zu erlangen sind.** Die Wege dorthin sind uneben, verschlungen und können im Nachhinein oft mit historischer Verantwortung belastet sein. Auf jeden Fall können sie nicht im luftleeren Raum historischer Analogien und moralisierender Selbstgewissheiten beschritten werden. Der kommunistische österreichische Intellektuelle Ernst Fischer, ein langjähriger Kritiker Renners, beschrieb ihn zu seinem 75. Geburtstag 1945 als einen Mann, der „selten nur am Ufer des Stromes als nachdenklicher Beobachter [stand], meist war er mitten im reißenden Gewässer, ein tätiger, vor Gefahr und Verantwortung nicht zurückschreckender Fähr- und Steuermann“.⁸ In all seiner Beweglichkeit und Elastizität sei er „weit mehr aus einem Guß“ gewesen, als viele seiner Kritiker, die in „ihrem Dok-

trinarismus nur zwiespältiger und weniger konsequent“ waren als er. Hier wird ein Bild eines politischen Menschen in Führungsverantwortung gezeichnet, das uns in weltpolitisch schwieriger werdender Gegenwart vielleicht mehr zu sagen hat, als uns lieb ist. Alles in allem bleibt Karl Renner eine epocheprägende politische Ausnahmeerscheinung mit ihren tiefen Widersprüchen und zeitgebundenen Irrwegen, mit hohen Tugenden, großen Visionen und hellsichtig-realitätstauglichen Strategien.



Michael Rosecker ist stv. Direktor des Karl-Renner-Instituts und wissenschaftlicher Leiter des Karl-Renner-Museums in Gloggnitz. Seine Broschüre „Karl Renner - ein republikanisches Fundament 1870-1950“ (2020) findet ihr auf unserer Website.

⁷ Zit. nach: Karl R. Stadler, Karl Renner ein Mann und sein Werk. In: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.): Karl Renner – Eine Bibliographie (Wien/Graz/Frankfurt/Zürich 1970) 23.

⁸ Ernst Fischer, Karl Renner. Eine Gestalt der österreichischen Geschichte. In: Neues Österreich, 14.12.1945, 3.

Für die Demokratie Partei ergreifen? Warum Demokratie Parteien und parteipolitische Bildung benötigt

Felix Butzlaff

Politische Parteien sind die Symbole der Vertrauenskrisen und Verknöcherungen parlamentarischer, repräsentativer Demokratien. In den Augen vieler Menschen gelten sie als Organisationen, die sich in einer Art Binnenlogik verselbstständigt und nach und nach von ihren ursprünglichen Zielen und Intentionen weit entfernt haben. Und die ihren Aufgaben der Repräsentation weiter Bevölkerungsteile kaum mehr nachkommen (können), weil ihre Mitgliedschaften und Funktionär:innen aus immer enger begrenzten Gruppen der Bevölkerung rekrutiert werden. In Parteiversammlungen, Parteiführungen und Parlamenten, egal welcher Parteifamilie der westlichen Länder, sitzen heute fast nur noch Akademiker:innen. Zusammengefasst wird an Parteien kritisiert, dass diese in ihren Demokratien eben nicht mehr dafür sorgen, dass die verschiedenen Interessen sozialer Gruppen gehört, zusammengeführt und ausgeglichen werden. Sondern dass, im Gegenteil, dieses zentrale Prinzip der liberalen Demokratie durch Parteien nachgerade verhindert und verwässert wird. Kann man also schlussfolgern, dass unsere liberalen repräsentativen Demokratien ohne Parteien besser dran wären? Dass wir uns demokratischer selbst verwalten, wenn wir diese Horte von Patronage, Elitismus und Klubzwang loswerden?

Für eine Antwort lohnt ein Blick darauf, welche Aufgaben und Rollen Parteien und ihre Organisationen in unseren Demokratien eigentlich zukommen und welchen Wert man ihnen in der Betrachtung repräsentativer Demokratien zugeschrieben hat. Denn obwohl die Kritik an der Bürokratisierung von Großorganisationen wie Parteien schon sehr alt ist – der Soziologe Robert Michels etwa veröffentlichte seine berühmte Abrechnung mit der deutschen Sozialdemokratie bereits vor dem Ersten Weltkrieg –, haben Parteien in unseren demokratischen Systemen zentrale Funktionen inne.



Seminar „Gesprächsführung und politische Argumentation“, 1991

Erstens beruhen repräsentative Demokratien auf der **Fähigkeit der Gesellschaft, Repräsentation zu organisieren**. Dies bedeutet zunächst, dass soziale Gruppen



Lehrgang „Digitale Zivilcourage“, 2019 | Foto: Marcel Billaudet

sich ihrer Gemeinsamkeit bewusst werden und gemeinsam dafür sorgen, dass ihre Interessen artikuliert und verfolgt werden. Menschen, die sich als ähnlich und zusammengehörend empfinden, suchen sich dann Fürsprecher:innen und Repräsentant:innen, die ihre Anliegen in der Politik vertreten. Gerade für diejenigen innerhalb unserer Gesellschaften, die nicht als Individuen über genug Zeit, Geld, Netzwerke und Ressourcen und somit Beeinflussungsmacht verfügen, um als Einzelpersonen ihren Anliegen Gehör zu verschaffen, bilden organisatorische Zusammenschlüsse wie Parteien dabei eine immens wichtige Vertretung. Denn nur mittels eines Zusammenschlusses der „Vielen“ ist es dann möglich, gegen ressourcenstarke Einzelinteressen zu bestehen, **im Rahmen einer Demokratie Gleichgesinnte zu finden und bei Wahlen um Unterstützung zu ersuchen**. Auf diese Weise also strukturieren Parteien den demokratischen Prozess, in dem sie als repräsentative Vertretungen der Interessen ihrer Wähler:innen und Anhänger:innen

mit den Vertretungen anderer im Parlament und im Gesetzgebungsprozess die demokratische Selbstregulierung der Gesellschaft aushandeln. **Zudem sind sie das organisatorische Fundament der demokratischen Gleichheit aller Bürger:innen.**



Viel zu laut und doch zu leise: Modelle der Beteiligung Jugendlicher an kommunaler Politik, 1994 | Foto: J. Klinger



Seminar „Schüler:innenvertretung“, 1985
Foto: Karl-Renner-Institut

Zweitens möchten Parteien, das unterscheidet sie zumeist von anderen Organisationen wie sozialen Bewegungen oder Lobbygruppen, **möglichst viele Menschen aus möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten** zur Unterstützung durch Mitgliedschaft oder Wahlstimme bewegen. Da unsere Gesellschaften über die letzten zwei Jahrhunderte immer heterogener geworden sind und soziale Milieus immer weniger prägend, reicht die Unterstützung einer oder weniger sozialer Gruppen für Wahlerfolge und Machtübernahmen in einer parlamentarischen Demokratie nicht mehr aus. Die Arbeiter:innenschaft allein etwa, diese Erfahrungen hat die Sozialdemokratie bereits in den 1920er Jahren machen müssen, ist für einen elektoralen Erfolg schlichtweg nie groß genug gewesen. In der Folge müssen Parteien mindestens mehreren sozialen Gruppen ein programmatisches oder personelles Angebot machen und können es sich kaum leisten, sich auf einen einzigen oder wenige programmatische Kernpunkte zu beschränken. Zudem: Die Arbeit des Parlaments umfasst die Diskussion und

Beschlussfassung der Gesetzgebung zu allen Themen – Parteien müssen also, dies ist für ihre Funktion innerhalb von Demokratien kaum zu überschätzen, möglichst viele Menschen ansprechen und möglichst viele, wenn nicht alle Politikbereiche abdecken. In liberalen, repräsentativen Demokratien vertreten und verteidigen Parteien ein von ihnen entworfenes Allgemeinwohl. Anders als soziale Bewegungen, die ein bestimmtes Anliegen starkmachen, müssen Parteien ein politisches Angebot entwerfen, mit dem sie gesamtgesellschaftlich argumentieren und in dem sie ein möglichst umfassendes Gesellschaftsbild entwerfen. Dies ist für parlamentarische Demokratien unglaublich wichtig, denn dadurch kann ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess ermöglicht werden. Wenn Parteien jeweils mehrere politische Ziele verfolgen (und nicht nur eins), können sie viel leichter untereinander verhandeln: die Realisierung meines Ziels A für die deines Ziels B. Hätten alle nur jeweils ein Kernanliegen, gäbe es kaum Raum für Kompromisse.

Eine dritte Kernaufgabe politischer Parteien ist die **Rekrutierung und Ausbildung von Politiker:innen**, die bei Wahlen antreten und in Parlamenten tätig sind. Durch das Engagement in Parteien werden Menschen an die Institutionen der Demokratie herangeführt und lernen deren Funktionsweisen kennen. Wer in einer Partei Mitglied ist oder mitarbeitet, lernt Wahlverfahren und Auswahlmechanismen kennen und wächst hinein in die Praxis politischer Aushandlungsprozesse. Demokratische Partizipation und demokratisches Mitmachen sind deswegen auch als schools of democracy bezeichnet worden, da die konkrete Erfahrung demokratischer Teilhabe auch dazu führt, dass Bürger:innen den Institutionen der Demokratie gegenüber offener und positiver eingestellt sind.

Demokratien reproduzieren sich also selbst – zwar nicht ausschließlich, aber in großen Teilen mit und durch politische Parteien. Und auch hier gilt das Argument des Kollektivs: Durch die Organisation von Wahlen können politische Parteien verhindern oder zumindest abmildern, dass es von persönlichen Ressourcen abhängt, wie wahrscheinlich Menschen aktiv (als Wähler:in) und passiv (als Kandidat:in) partizipieren. Und dass repräsentative Demokratien nicht zu einer Auswahl der finanz- und ressourcenstärksten Einzelinteressen verkommen.

An diesem Punkt wird auch deutlich, warum Parteien und politische Bildungsarbeit eng zusammengehören. Das berühmte Diktum des deutschen Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach der „freiheitliche, säkularisierte Staat [...] von Voraussetzungen [lebt], die er selbst nicht garantieren kann“, unterstreicht, wie sehr eine Demokratie davon abhängt, dass Bürger:innen die getroffenen Entscheidungen als legitim erachten. Parteiendemokratie und Bildungsarbeit greifen diesen Gedanken auf und füllen die Vorzimmer der parlamentarischen Institutionen



Katharina Kucharowits, Maria Maltzchnig, Ingrid Brodnig, „Die fünfte Gewalt? Social Media & unsere Demokratie“, 2021 | Foto: Sylvia Rauscher

mit demokratischem Leben. Nur wenn Menschen stets aufs Neue die konkrete Praxis gelebter Demokratie selbst erfahren, wenn sie mitmachen und verschiedene Rollen und Aufgaben des politischen Prozesses kennenlernen, wachsen sie zu demokratischen Bürger:innen heran. Und weil Parteien als langfristig orientierte Organisationen die Aufgabe haben, über den Tag und auch über die nächste Wahl hinauszudenken, sind sie besonders interessiert daran, langfristig demokratische und aktive Bürger:innen zu Mitgliedern und Sympathisanten zu machen.



Seminar „Moderne Politik und attraktive Partei. Neue Wege beteiligungsorientierter und effektiver Parteiarbeit.“, 2015 | Foto: Gisela Ortner

Aus dieser Perspektive also sind Parteien und die von ihnen geleistete politische Bildungsarbeit ein überaus gewichtiger Beitrag dazu, eben jene Voraussetzungen der **Demokratie immer wieder neu zu schaffen**, auf welche ihre Institutionen zwangsläufig angewiesen sind. Parteien übernehmen also neben der Organisation parlamentarischer Macht und Regierungsmehrheiten grob gefasst drei zentrale Funktionen in unseren repräsentativen Demokratien: Erstens, sie sorgen dafür, dass eine politische Aushandlung von Interessen möglichst viele Menschen umfasst und eine parlamentarische Kompromisskultur entstehen kann; zweitens, sie befördern eine Diskussion über langfristig orientierte Gesellschaftsformen und -bilder und sorgen dafür, dass nicht lediglich kurzfristige Einzelinteressen im Fokus stehen; drittens, sie rekrutieren das Personal der Demokratie und bilden Bürger:innen zu Demokrat:innen aus und schaffen so erst die Voraussetzungen für liberale, repräsentative Demokratien westlicher Prägung.



Gerald Strobel, Seminar „Organisationen verändern und Konflikte bewältigen“, 2007 | Foto: Walter Henisch



Maria Berger, Michael Latzer, Diskussion „Teledemocracy, Mehr Demokratie durch elektronische Medien?“, 1999 | Foto: Petra Spiola

Allerdings bleiben politische Parteien heutzutage hinter diesen Erwartungen zum Teil weit zurück. Die Aufgabe der Repräsentation weiter Bevölkerungsteile ist zwar durch die zunehmende Inklusion von Frauen und Minderheiten aller Art in Parlamenten und Führungsebenen der Organisationen verbessert worden. Gerade aber die Repräsentation sozial und materiell ressourcenschwächerer Gruppen unserer Gesellschaften wird von politischen Parteien seit den 1980er Jahren immer weniger geleistet. Menschen aus einkommensschwächeren Schichten werden kaum mehr von Parteien als Mitglieder angesprochen, kaum mehr als Kandidat:innen aufgestellt, finden kaum mehr den Weg in die Parlamente. Ihre Interessen werden immer weniger in demokratischen Entscheidungen reflektiert und in der Folge gehen immer weniger Menschen dieser Gruppen zur Wahl und wenden sich Stück für Stück von der Demokratie ab. Eine Art demokratischer Teufelskreis. Auch die anderen genannten Funktionen werden – je nach Partei – oftmals nur sehr oberflächlich erfüllt; die allgegenwärtige Kritik und



Arbeitsräger:innen, Diskussion „Gleichheit in einer pluralistischen Demokratie. Emanzipatorische Politik im 21. Jahrhundert zwischen Vielfalt und Zusammenarbeit.“, 2019 Foto: Astrid Knie

der Vertrauensverlust unterstreichen dies. Parteien gelten als Organisationen von Opportunisten, denen nichts wichtiger sei als der persönliche und kurzfristige Machterhalt.

Dies bedeutet aber keineswegs, dass wir auf Parteien als Organisationsform verzichten könnten. Sie leisten, zumindest der Idee nach, zu wichtige Aufgaben. Was allerdings nötig wäre, ist, die Parteien an diese Funktionen immer wieder zu erinnern und organisatorische wie programmatische Reformen anzumahnen. Die Frage, wie mehr Nicht-Akademiker:innen in Parteien und Parlamente geholt werden können; wie Parteien (wieder) mehr langfristige Zukunftsperspektiven und Allgemeinwohlperspektiven diskutieren können; wie sie mehr Menschen die konkrete Erfahrung demokratischer Prozesse ermöglichen können. All dies sind Fragen, mit denen eine demokratische Gesellschaft politischen Parteien einen Spiegel vorhalten kann. Denn für die langfristige Stabilität demokratischer Gesellschaften brauchen wir eine Form politischer Parteienorganisation. Diese können in ihrer Verfasstheit durchaus unterschiedlich sein



Felix Butzlaff ist Assistant Professor am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit der Wirtschaftsuniversität Wien, sowie Teil des wissenschaftlichen Netzwerks des Karl-Renner-Instituts.

Weiterführende Lektüre:

- Michael Koß, Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen (München 2021)
- Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können. (München 2018)
- Armin Schäfer/Michael Zürn, Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus (Berlin 2021)



Orangerie in Altmannsdorf, Tagung „Neue Wege sozialdemokratischer Kulturpolitik“, bei der auch Jack Lang, Kulturminister von Frankreich, teilnahm, 1982 | Foto: Johann Klinger



Bruno Kreisky und Heinz Fischer im Garten des RI-Standortes in Altmannsdorf, 1982 | Foto: Johann Klinger



E. Schewardnadse, F. Vranitzky, RI-Veranstaltung zur Entwicklung der Sowjetunion, 1991 | Foto: J. Klinger



J. Dohnal, E. Fröschl, T. Meissl, Diskussion „Libanon und Palästina“, 1983 | Foto: Johann Klinger



Rigoberta Menchú (Friedensnobelpreisträgerin), „500 Jahre Kolonialismus“, 1992 | Foto: Johann Klinger



Treffen mit jungen internationalen Wissenschaftler:innen im RI-Kaminzimmer, 1982 | Foto: Johann Klinger



Johanna Dohnal, Veranstaltung „Lateinamerikas zweite Befreiung“ im Rahmen der Lateinamerika-Wochen, 1985 | Foto: Johann Klinger



Willy Brandt, Fred Sinowatz, Buchpräsentation „Der organisierte Wahnsinn. Wettrüsten und Welthunger“, 1985 | Foto: Willibald Haslinger



Buchpräsentation mit J. K. Galbraith, „Die Entmythologisierung der Wirtschaft“, 1988 | Foto: J. Klinger



Karl A. Duffek, Walter Oswalt, Symposium „Fundamentalismus und Neue Rechte“, 1989 | Foto: J. Klinger



Vortrag von Benazir Bhutto, „Pakistan - Challenges for the future“, 1988 | Foto: Willibald Haslinger



Hannes Swoboda, Konferenz „Österreichs Zukunft in Europa“, 1995 | Foto: Johann Klinger



Karl A. Duffek, Ágnes Heller, Vortrag „Omnivorous Modernity“, 1993 | Foto: Johann Klinger



Vortrag von Nancy Fraser, „Social justice in the age of identity politics“, 1997 | Foto: Johann Klingner



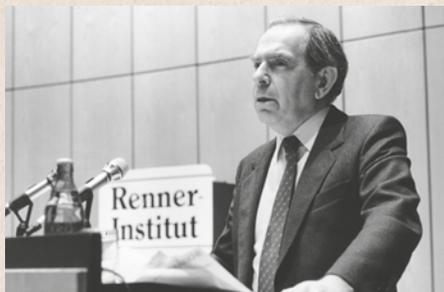
Werner Faymann, Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch, 2008 | Foto: Petra Spiola



Olof Palme, Symposium „Wie kann der Frieden gesichert werden?“, 1982 | Foto: Johann Klingner



Diskussion mit Evo Morales, „Was hat das Drogenproblem mit der Dritten Welt zu tun?“ | Foto: Johann Klingner



P. Lendvai, „Sozialdemokratie u. Kommunismus in Ost- u. Südeuropa“, 1985 | Foto: Johann Klingner



J. Butler, „Identifikation & Phantasie - Zur Konstruktion von Geschlechterdifferenz“, 1994 | Foto: W. Haslinger



Viktor Klima, Veranstaltung „Für Neutralität und Solidarität“, 1999, Foto: Petra Spiola



Vortrag von Jürgen Habermas, „Perspektiven der Europäischen Union nach der Erweiterung“, 2004 | Foto: Petra Spiola



Arundhati Roy, Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für ihren Roman „Das Ministerium des äußersten Glücks“, 2017 | Foto: Daniel Novotny



Christine Nöstlinger, 2017 | Foto: Lea Pachta



C. Kern, M. Bachler, P. Mason, „Don't worry, Capitalism is over.“, 2018 | Foto: Daniel Novotny



Desmond Tutu, „Die Entwicklung der Apartheid in Südafrika“, 1986, Foto: Barbara Gindl



Milo Dor, Ruth Klüger, Kreisky-Preis für das pol. Buch, 2001 | Foto: Petra Spiola



Joseph E. Stiglitz, Alfred Gusenbauer, Vortrag „Die ‚Roaring Nineties‘. Der entzauberte Boom“, 2004 | Foto: Petra Spiola



Abschluss der RI-Frauenakademie, unserem Lehrgang für Politikerinnen, 2021 | Foto: Astrid Knie



Treffen von Pamela Rendi-Wagner und Paolo Gentiloni im neuen RI, 2019 | Foto: Kurt Prinz



Barbara Prammer, Eric Kandel, Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch, 2013 | Foto: Walter Henisch



Doris Bures, Einweihungsfeier des neuen RI-Standortes, 2019 | Foto: Astrid Knie



L. Gallmetzer, K. A. Duffek, L. Jospin, C. Muttonen, S. Schublach, 2012 | Foto: Astrid Knie



RI-Sommerakademie für sozialdemokratische Organisationen, 2012 | Foto: Astrid Knie



Josef Cap, RI-Sommerakademie, 2012 | Foto: Astrid Knie

Maria Maltschnig, die das Institut seit 2016 leitet, hat mit zwei zentralen Persönlichkeiten aus den vergangenen fünf Jahrzehnten im Karl-Renner-Institut gesprochen. Erich Fröschl leitete von 1980 bis 1998 als Direktor das RI, Barbara Rosenberg war von 2006 bis 2016 die Stellvertreterin von Karl A. Duffek.



Foto: Walter Henisch

„Das autoritäre Restpotenzial war groß“

Ein Interview mit Erich Fröschl

Erinnerst du dich an die Gründung des Karl-Renner-Instituts?

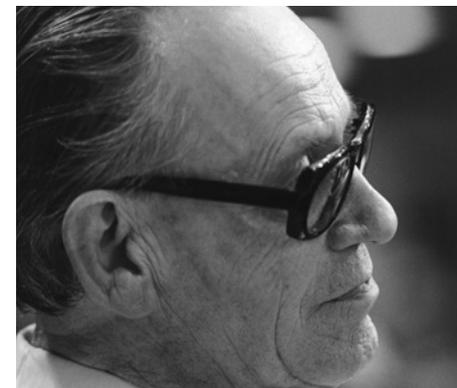
Als das RI gegründet wurde, war ich noch junger Aktivist im Salzburger VSStÖ und in der Jungen Generation. Das Gesetz zur Förderung der Parteiakademien wurde schon kurz nachdem die SPÖ bei den Nationalratswahlen 1971 die absolute Mehrheit errungen hatte, auf den Weg gebracht. Bruno Kreisky hat bei der Einrichtung von Parteiakademien zum einen auf seine Erfahrungen in Schweden bei der Arbeiterbildungsorganisation zurückgegriffen und sich zum anderen am deutschen Modell der Parteistiftungen orientiert. Es schwebte ihm eine moderne, offene Bildungsarbeit für die Partei vor.

Die Einrichtung der Parteiakademien war für Kreisky ein wichtiger Teil seiner Demokratieoffensive. In seiner Rede zur Konstituierung des Wissenschaftlichen Beirates des Karl-Renner-Instituts im Dezember 1972 betonte er die aus seiner Sicht zentrale Rolle der Parteien für die Demokratie. Was wollte er durch die Einrichtung von Parteiakademien in diesem Zusammenhang erreichen?

Kreiskys Ziel war es, die Qualität der Ausbildung der in der Politik tätigen Menschen zu verbessern. Andererseits sollte damit der politische Diskurs gefördert werden. Kreisky hat damals schon darauf hingewiesen, dass die Kluft zwischen den Regierenden und den Regiert-Werdenden zu groß wird. Und dem wollte er entgegenwirken mit ei-

ner Struktur, die dabei hilft, dass die Mitwirkung der Menschen an der Demokratie gestärkt wird. Und darüber hinaus waren die Parteiakademien – und in unserem Fall das Karl-Renner-Institut – eine Möglichkeit, die Partei zu öffnen.

Man darf auch nicht vergessen, dass Anfang der 1970er Jahre in Österreich in Folge der beiden Diktaturen noch ein erhebliches Restpotenzial an autoritärem Gedankengut bestand und daher die oft zitierte „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“ nach Ansicht Kreiskys notwendig war. Der Gründungsdirektor Karl Stadler war in gewisser Weise auch ein Signal dafür. Er war Historiker, wurde von den Nazis vertrieben, lebte in England im Exil. Als Universitätsprofessor regte er Generationen von Historiker:innen zur Auseinandersetzung mit Demokratie, Autoritarismus und Faschismus an.



RI-Gründungsdirektor Karl Stadler, 1986 | Foto: Johann Klingner

Du hast 1980 die Geschäftsführung des noch jungen Karl-Renner-Instituts übernommen. Was waren eure Herausforderungen in dieser Zeit?

Es haben sich zu dieser Zeit schrittweise unsere Aufgabenfelder herauskristallisiert. Zum einen waren das Aus- und Weiterbildung, Programm- und Personal-

entwicklung für die SPÖ und auch eine Unterstützung der Modernisierung der Parteistruktur. Zum anderen sollte das RI ein Transmissionsriemen zwischen Wissenschaftler:innen und der SPÖ sein und Expert:innen in die Politikformulierung einbeziehen.

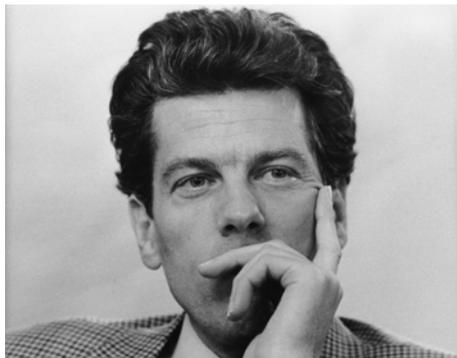
Woran erinnerst du dich besonders gerne?

Bruno Kreiskys persönliches Steckenpferd war es, das Karl-Renner-Institut als Forum einer öffentlichen politischen Diskussion zu nutzen, um sozialdemokratische Positionen im weitesten Sinne einzubringen. Er war derjenige, der viele Vorschläge gemacht hat, wen wir zu diesen Diskussionen einladen sollten. Oft kam es vor, dass er auf Reisen interessante Persönlichkeiten kennen gelernt hat, die er dann später als Gäste an das RI gebracht hat. Besonders in Erinnerung ist mir dabei eine große Friedenstagung in der Hofburg mit Olof Palme, aber auch eine Veranstaltung mit Heinrich Böll in der Stadthalle. Nicht alle in der Partei waren davon überzeugt, dass wir das brauchen, aber Kreisky waren diese Diskussionen wichtig.

Ein zentraler inhaltlicher Schwerpunkt im RI ist Internationale Politik, ein Bereich, den du auch bis zu deiner Pensionierung 2009 bearbeitet hast. Was hat euch damals besonders beschäftigt?

Das waren damals drei zentrale Themen. Erstens die Vorbereitung Österreichs auf die Europäische Union, dann natürlich ab 1989 die Demokratisierung in Osteuropa und schließlich die Frage der Globalisierung und die Entwicklung des globalen Südens.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat dem Thema Außenpolitik eine Dringlichkeit verliehen, die es lange nicht hatte. Was muss man deiner Ansicht nach jetzt besonders beachten?



Erich Fröschl, 1985 | Foto: Johann Klingner

und damit zu signalisieren, dass kein Interesse besteht, die Situation bis zum Äußersten zu eskalieren. Und letztlich wird es einen Verhandlungsfrieden brauchen. Die russischen Großmachtpläne erinnern unweigerlich an die Zeit des Faschismus in Europa. Die Konzepte von der Wiederherstellung des großrussischen Reiches und einem Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok, die da von russischer Seite propagiert werden, muss man ernst nehmen. Meine Mutter hat erzählt, sie und ihre Freunde hätten in den 1920er Jahren Hitlers „Mein Kampf“ und den „Mythos des 20. Jahrhunderts“ von Alfred Rosenberg gelesen und zu dem Zeitpunkt beides lächerlich gefunden. Ein paar Jahre später war es blutiger Ernst.

Niemand hat momentan ein Patentrezept. Putin sitzt am Drücker und es gibt erhebliche Abhängigkeiten Europas, die über Nacht nicht lösbar sind. Es besteht das Risiko, dass es in Europa zu einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse kommt, was wiederum Radikalisierung fördert. Es kann ja auch kein Zufall sein, dass eine ganze Reihe rechter und rechtsextremer Parteien in Europa von Russland gefördert wurde, dass bei Demonstrationen Identitäre und Rechtsextreme mit Russlandfahnen auftauchen. Ich finde es aber richtig, zu versuchen mit Putin im Gespräch zu bleiben, wie das Olaf Scholz und Emmanuel Macron tun – auch wenn es kurzfristig nichts Konkretes bringt –

Was wünschst du dem Renner-Institut zum 50. Geburtstag?

Dass es unter gesicherten ökonomischen Bedingungen arbeiten kann, dass es seine Aufgaben, insbesondere die Ausbildung von jungen Leuten, die in die Politik kommen, weiterhin intensivieren kann, und dass es stark als Multiplikator nach außen und inhaltlicher Ideengeber nach innen wirken kann.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den vergangenen 50 Jahren die Arbeit des Karl-Renner-Instituts mitgestaltet. Unvergessen bleibt Karl A. Duffek, der von 1998 bis zu seinem Tod im Sommer 2016 als Direktor die sozialdemokratische Bildungsarbeit maßgeblich geprägt und besonders die internationale Vernetzung des Instituts, aber auch der österreichischen Sozialdemokratie vorangetrieben hat.

Eine „Neue Wertorientierungen verlangten nach neuen Ansätzen in der Bildungsarbeit“

Ein Interview mit Barbara Rosenberg



Foto: Astrid Knie

Erinnerst du dich an deinen Einstieg in das Renner-Institut?

Gleich nachdem ich 1986 mein postgraduate Studium der Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien abschlossen hatte, habe ich mich im Renner-Institut beworben. Die Anstellung als wissenschaftliche Mitarbeiterin war für mich vor allem deswegen eine Freude, weil ich schon aus früheren Erfahrungen mitbekommen hatte, dass sich dort wissenschaftliche Ansprüche und politisches Engagement verbinden lassen.

breite öffentliche Debatte über seine Aktivitäten während der Zeit des Nationalsozialismus voraus. Bundeskanzler Fred Sinowatz trat zurück und schlug Franz Vranitzky als seinen Nachfolger vor. Nachdem die FPÖ im Rahmen einer Kampfabstimmung von Jörg Haider übernommen worden war, löste Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ auf und setzte Neuwahlen an. Markant waren dann nicht nur die starken Zugewinne für die FPÖ, sondern auch der erstmalige Einzug einer Grünen Partei in den Österreichischen Nationalrat. Mit der Einigung der SPÖ mit der ÖVP auf eine große Koalition prägte die Entwicklungen der folgenden Jahre.

Wie war damals die innenpolitische Lage?

Das Jahr 1986 war von innenpolitischen Umbrüchen geprägt. Der Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten ging eine

Was waren damals die besonderen Herausforderungen für das RI?

Maria Maltschnig, Erich Fröschl, Sigrid Fröschl, Eröffnung des neuen RI-Standortes, 2019
Foto: Astrid Knie





Seminar „Chancen nützen - Teamcoaching für Mandatarinnen“, 2001 | Foto: Walter Henisch

Im Team des Renner-Instituts wurden rasch Schlussfolgerungen aus der neuen innenpolitischen Situation gezogen. Gerne erinnere ich mich an die lebhaften Diskussionen, wie wir uns auf die neuen Themenlagen und die gesellschaftlichen Umbrüche einzustellen haben. Der rasante Aufstieg des Rechtspopulismus, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und neue Wertorientierungen verlangten nach neuen Ansätzen auch in der politischen Bildungsarbeit. Mich persönlich haben zu diesem Zeitpunkt die damals in der SPÖ noch nachrangig behandelten ökologischen Themen in den Bann gezogen. Sehr gerne habe ich daher die Aufgabe übernommen, Skripten und Fachtagungen zu umweltpolitischen Fragen zu entwickeln.

Welche RI-Meilensteine und Projekte waren für dich von besonderer Bedeutung?

Meilensteine für die Arbeit des gesamten RI-Teams waren natürlich die Zukunftsdiskussionen, in denen sich das Institut als Verbindungsglied zwischen Wissenschaft und Politik bewähren konnte. Zunächst das von Franz Vranitzky initiierte Projekt

„Themen der Zeit“ dann das von Alfred Gusenbauer getragene „Netzwerk Innovation“, das in der Oppositionsphase der SPÖ 2000 bis 2007 zukunftsfähige Politikprojekte entwickelt hat; und schließlich die von Werner Faymann initiierte Debatte „Österreich 2020“.

Im Ausbildungsbereich waren uns Projekte, die nachhaltige Strukturen geschaffen haben, besonders wichtig. Im Bereich der im RI immer sehr intensiven frauenpolitischen Arbeit ist in Zusammenarbeit mit Barbara Prammer die Frauenakademie entwickelt worden, die heuer schon ihr 20jähriges Jubiläum feiern konnte. Und auch die Gründung der allen Jugendorganisationen zugänglichen Jugendakademie und der Europapolitischen Akademie fallen in diese Phase. Mit Blick auf meine persönlichen Arbeitsschwerpunkte kann ich sagen, dass die jährliche Umsetzung des Bruno-Kreisky-Preises für politische Bücher immer wieder Highlights beinhaltet haben. Und von spezieller Bedeutung war aus meiner Sicht auch die intensive Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Bildungsorganisation unter dem Vorsitz von Michael Ludwig von 2010 bis 2019. Sie hat es möglich

gemacht, die Themenvielfalt und die Breitenwirksamkeit vieler bildungspolitischer Projekte zu steigern.

Was kann parteipolitische Bildungsarbeit leisten, welchen Platz hat sie aus deiner Sicht in der politischen Bildungslandschaft?

Die Aufgabenstellungen, die Bruno Kreisky, auf dessen Initiative die Gründung der politischen Akademien der Parteien ja zurückgeht, formuliert hat, sind heute aktueller denn je. Sowohl mit Blick auf die programmatische Arbeit als auch auf die Aus- und Weiterbildung gibt es in allen Parteien viel zu tun. Und in diesem Sinne sehe ich die Parteiakademien als einen wichtigen, die politische Bildung im schulischen, außerschulischen und erwachsenenbildnerischen Feld ergänzenden Baustein.

Du hast lange sehr eng mit Karl A. Duffek zusammengearbeitet, warst seine Stellvertreterin und hast dann auch nachdem er verstorben ist, für einige Monate das RI geleitet. Was bleibt dir besonders an Karl in Erinnerung?

Als Karl A. Duffek 1999 zum Direktor des Karl-Renner-Instituts bestellt wurde, konnte ich ja schon auf eine lange, gute Zusammenarbeit mit ihm zurückschauen. Entsprechend gefreut habe ich mich daher, von ihm die Verantwortung für den Bereich „Innenpolitik, Aus- und Weiterbildung“ übertragen zu bekommen. Die folgenden Jahre waren von ganz neuen politischen Herausforderungen geprägt. Die SPÖ musste den Gang in die Opposition antreten, die Arbeit des Instituts war – bei massiv sinkenden Fördermitteln – auf die Notwendigkeiten einer Oppositionspartei umzustellen. Gerade in dieser Phase waren die Führungsstärke und Innovationskraft von Karl gefragt. Mit der Rückkehr der SPÖ in die Bundesregierung 2007 hat er die Herausforderungen der Zeit erkennend

den Fokus stark auf die Europäisierung der Bildungsarbeit gelegt. Einen Meilenstein seiner internationalen Arbeit stellte die Gründung der „Foundation for European Progressive Studies“, des Think-Tanks der europäischen Sozialdemokratie, im Jahr 2008 dar.



Karl A. Duffek, Lehrgang für Spitzenpolitikerinnen, 2013 | Foto: Astrid Knie

Für mich persönlich war in all den Jahren der Zusammenarbeit beeindruckend und motivierend, dass er es wie nur ganz wenige verstanden hat, intellektuelle Redlichkeit und politischen Pragmatismus zu verbinden – und sich über die wechselhaften Zeiten auch seinen Humor zu bewahren.

Was wünschst du dir für das Karl-Renner-Institut in Zukunft?

Allen, die sich auf der Basis der Werte der Sozialdemokratie engagieren, wünsche ich, dass sie weiterhin durch ein debattenfreudiges, impulsgebendes und europäisch orientiertes Renner-Institut unterstützt werden. Und dem Team des Instituts wünsche ich ein gutes Gleichgewicht an herausfordernden Aufgaben und kreativen Freiräumen, damit es seine Arbeit wirkungsvoll tun kann!

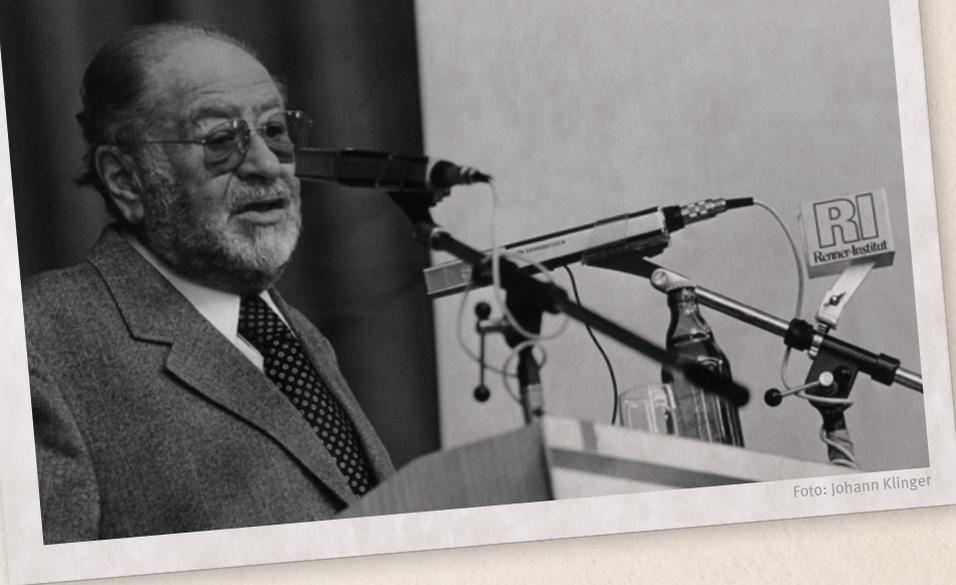


Foto: Johann Klingner

Die politische Bildungsaufgabe

Rede des Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky zur Konstituierung des wissenschaftlichen Beirates des Dr.-Karl-Renner-Institutes im Dezember 1972

Zu Beginn eine durchaus persönliche Bemerkung: Für mich ist die Gründung des Dr.-Karl-Renner-Institutes als Zentrum der politischen Bildungsarbeit der sozialistischen Bewegung die Verwirklichung eines Zieles, das ich mir seinerzeit, als mir der erste zentrale Vertrauensauftrag in der Sozialistischen Arbeiterjugend erteilt wurde, gesetzt habe. Vor mehr als 40 Jahren wurde ich zum Obmann des sogenannten Reichsbildungsausschusses der Sozialistischen Arbeiterjugend gewählt, und damit wurde mir die Verantwortung für die politische Bildung und sozialistische Erziehung, wie wir damals sagten, der in der sozialdemokratischen Bewegung organisierten Arbeiterjugend übertragen.

Ich wurde, wie alle anderen Vertrauensmänner und -frauen der Sozialdemokratie, an der Erfüllung dieses Auftrages durch die Etablierung der austrofaschistischen Diktatur gehindert.

Übrigens, in wenigen Monaten wird es 40 Jahre her sein, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Parlament durch einen Staatsstreich vertrieben wurden. Die Sozialdemokratische Partei verfiel ein Jahr später der Auflösung, und wir, die wir die Arbeit für sie fortsetzten, wurden in die Illegalität gedrängt.

Alles Ereignisse übrigens, die unlängst in einer Radioreportage in so „sachlicher Weise“ dargestellt wurden, daß sich kaum einer, der diese Zeit nicht miterlebt hat, wirklich ein Bild machen konnte, was damals wirklich geschehen ist. Ja noch mehr, er mußte zu dem Schluß gelangen, daß alles mehr oder weniger mit Notwendigkeit eintreten mußte und somit eigentlich - wenn man von kleinen menschlichen Fehlern absieht - in bester Ordnung war. „Law and order“ waren wiederhergestellt worden, wobei mit beträchtlicher Generosität der Begriff von Gesetz und Gesetzmäßigkeit im Interesse der Herr-

schen interpretiert wurde. Unter Recht verstand man das Standrecht und unter Ordnung den Polizeistaat.

Diese Darstellung ist ein Beweis mehr dafür, wie in der scheinbaren Versachlichung historischer Vorgänge - nehmen wir zugunsten der Verfasser dieser Sendung an unbewußt - ein hohes Maß an Manipulation stecken kann.

Es gibt keine Vermittlung politischer Bildung, die sich in Einklang bringen läßt mit dem, was manche unter Sachlichkeit verstehen oder als solche ausgeben. Wahrscheinlich wird man ein Maß an erreichbarer Objektivität nur dadurch erreichen, daß es zur Konfrontation der Standpunkte kommt und man es dem Urteil des einzelnen überlassen muß, sich seine Meinung zu bilden. So soll es ja in der Politik überhaupt vor sich gehen, so sollten die sogenannten Massenmedien ihre Aufgabe verstehen.

In der Regierungserklärung vom 27. April 1970, und ich habe die gleichen Gedankengänge in der vom 5. November 1971 wiederholt, habe ich folgendes zum Ausdruck gebracht: „Hier scheint es mir nun richtig, auch über einen Aufgabenbereich zu sprechen, der der Förderung des Staates, allerdings in einer besonders behutsamen Weise, bedarf: Es ist das die Vorbereitung des Staatsbürgers für seine Mitwirkung in der Demokratie.“

Wie wichtig es hier ist, sich in guter Zeit mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, geht daraus hervor, daß es heute in der amerikanischen politischen Wissenschaft zahlreiche Kritiker von untadeliger demokratischer Gesinnung gibt, die die Bedeutung der Parteien als Verbindungsglied zwischen Regierung und Regierten in Frage stellen. Auch in der deutschen politischen Wissenschaft, wie in der europäischen überhaupt, gibt es heute Kritiker an den Parteien und ihrer Funktionsfähigkeit, die, wie es in der einschlägigen, etwas komplizierten Sprache heißt, meinen, daß die Parteien - und ich zitiere - als kollektive Legitimationsmechanismen nach unten verstopft sind, daß sie bei äußerlicher Funktionsaufrechterhaltung tatsächlich an Funktionssubstanz verloren haben ...

Wie dem auch immer sei, glaube ich, daß diesen Tendenzen und Auffassungen am besten entgegengewirkt werden kann, wenn die Parteien in die Lage versetzt werden, den Staatsbürgern, die sich mit politischen Fragen zu befassen wünschen, eine politische Schulung auf breiter Basis ermöglichen zu können. Ohne mich in nähere Betrachtungen über den Charakter dieser politischen Bildungsaufgabe einzulassen, wird wohl allgemeine Übereinstimmung darüber herrschen, daß diese Aufgabe möglichst durch Personen erfolgen soll, die für sie hervorragend qualifiziert sind.



Bruno Kreisky, Anton Benya, „Kreisky-Preis für Verdienste um die Menschenrechte“, 1986 | Foto: Johann Klingner

Hier bedarf es beträchtlich höherer Mittel, als gegenwärtig zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung ist bereit, den Entwurf eines diesbezüglichen Förderungsgesetzes dem Parlament ehestens vorzulegen, und ist überzeugt, daß sie so zusammen mit den im Parlament vertretenen Parteien einen Beitrag zur Vertiefung und Verlebendigung unseres demokratischen Lebens leisten kann.

Gleichermaßen scheint es von besonderer Bedeutung zu sein, die das geistige Leben eines Landes befruchtenden Zeitschriften zu einem Teil von ihren ständigen Existenzsorgen zu befreien, was allerdings nur unter Voraussetzungen erfolgen kann, die jegliche Einflußnahme des Staates oder der Regierung auf die Führung dieser Zeitschriften ausschließen.“

In der Zwischenzeit ist - wie Sie wissen - auch dieser Teil der Regierungserklärung verwirklicht worden. Gelegentlich hört man Klagen über den Tiefstand der politischen Auseinandersetzungen.



Bruno Kreisky, Tagung „Französische Volksfront“, 1986
Foto: Johann Klinger

Wie dem auch immer sei, überwunden werden kann dieser Tiefstand jedenfalls nicht durch arrogantes Distanzieren, auch nicht dadurch, daß man sich über das Banausentum in der Politik mokiert. Diesem Zustand der Dinge kann nur abgeholfen werden dadurch, daß diejenigen, die in der Politik wirken, hierfür besser vorbereitet werden.

Das ist aber nur die eine Seite des Problems. Hier scheint ein anderes ebenso wichtig zu sein, nämlich - und ich habe darauf schon verschiedentlich hingewiesen - daß viele der uns heute zur Verfügung stehenden demokratischen Einrichtungen, die vielfach für sakrosankt erklärt werden, doch ebenso dem Wandel der gesellschaftlichen Einrichtungen unterliegen. Und daß die Grundsätze der Demokratie in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft nicht den Charakter erstarrter Dogmen annehmen, soll dadurch, daß sie immer wieder und immer aufs neue der kritischen Prüfung auf ihre Gültigkeit unterzogen werden, verhindert werden. Es besteht die Gefahr, die sich heute schon gelegentlich anzudeuten scheint, daß die Notwendigkeit der Parteien in Frage gestellt wird, was wieder ungewollt zum Aufleben ständestaatlicher Vorstellungen, angesichts des relativ guten Funktionierens der Paritätischen Kommission, führen kann.

Hier hilft kein noch so gut gemeintes demokratisches Pathos, gebraucht an Festtagen des Staates, auch nicht die Verankerung der Parteien in der Verfassung unter gleichzeitiger Festlegung eines kategorischen Imperativs und der damit verbundenen finanziellen Dotierung. Daß Parteien in der Verfassung Erwähnung finden, halte ich für an sich denkbar, daß sie sich dem Vereinsgesetz unterwerfen für diskutabel; für nicht diskutabel allerdings halte ich, daß einer Behörde überlassen wird zu entscheiden, ob eine Partei eine Partei ist,



Bruno Kreisky, Erich Fröschl, Johanna Dohnal, Veranstaltung „Möglichkeiten für eine Entspannungspolitik. Einige Betrachtungen zur weltpolitischen Lage“, 1985 | Foto: Johann Klinger

ob ihre Tätigkeit im Einklang mit der Verfassung steht, oder ob sie überhaupt zugelassen werden kann. Das würde lediglich den autoritären Charakter des Staates verstärken und unabsehbare Gefahren für die Demokratie heraufbeschwören.

Verdrossenheit, Irritation, mangelndes Vertrauen in die Einrichtungen der Demokratie können nur beseitigt werden durch kritisches Wissen und die Einsicht in die Notwendigkeit gesellschaftspolitisch motivierter dynamischer Prozesse und den Willen, sie herbeizuführen. Und deshalb scheint mir das Herriotsche Wort, das ich oft gebrauche, wonach man die Demokratie stabilisiert, indem man sie in Bewegung hält, eine echte politische Weisheit zu sein, wobei für demokratische Sozialisten sie so interpretiert werden müßte, daß eben ihre Grundsätze immer neue gesellschaftliche Bereiche umfassen und durchfluten müssen. Was nun die Wissensvermittlung betrifft, wie sie durch

Einrichtungen wie das Dr.-Karl-Renner-Institut erfolgen soll, hiezu ein paar kurze Bemerkungen.

Ich habe in Skandinavien erlebt, wie innerhalb des Arbeiterbildungswesens während vieler Jahre die Vorstellung vorherrschte, daß in der quantitativen und qualitativen Erhöhung des sogenannten objektiven Wissens ein Akt der Emanzipation an sich vollzogen werde. Da hat man es als Aufgabe betrachtet, innerhalb der Arbeiterbildungsverbände von der Stenographie bis zum Sanskrit alles an Wissen zu vermitteln, was bildungsbeflissene und bildungshungrige Menschen aufzunehmen bereit waren. Längst ist man zu der Erkenntnis gelangt, daß es sich hier um einen politischen Irrtum gehandelt hat und daß der Versuch der Entpolitisierung der Arbeiterbildung ein großes Mißverständnis war. Man steht nun im Begriffe, das alles zu korrigieren.

Gewiß, es muß die Aufgabe des Dr.-Karl-Renner-Institutes sein, auch jenes Wissen zu vermitteln, das die dort Lernenden, rein technisch möchte ich fast sagen, fähig machen muß, das, was dort gelehrt wird, auch zu erfassen und weiterzugeben. Aber vor allem wird es darauf ankommen, ihnen zu ermöglichen, die Vielfalt der Beziehungen zwischen Mensch und Gesellschaft zu erkennen, weshalb alle jene Bereiche einzubeziehen wären, die hierfür die Voraussetzung sind. Und der Bogen muß sich spannen vom Verständnis über die menschlichen Verhaltensweisen bis zu den Grundsätzen der politischen Ökonomie, vom Sinn für das, was wir unter Kunst verstehen, bis zur Enthüllung der Methoden der Meinungsmanipulation. Es gilt, den kritischen Staatsbürger zu erziehen. Und ich habe für das, was darunter verstanden werden muß, nirgends eine bessere Formulierung gefunden, als in einer alten Nummer der Zeitschrift für

„Sozialforschung“ (1937) von Max Horkheimer: „Selbst zu bestimmen, was sie leisten. Wozu sie dienen soll, und zwar nicht bloß in einzelnen Stücken, sondern in ihrer Totalität, ist das auszeichnende Merkmal der denkerischen Tätigkeit. Ihre eigene Beschaffenheit treibt sie daher zu geschichtlicher Veränderung.“

Durch dieses Dr.-Karl-Renner-Institut werden in Zukunft Generationen von Vertrauensmännern und -frauen der sozialistischen Bewegung gehen. Von dem, was sie in ihm lernen, von den Methoden, die angewendet werden, wird in hohem Maße ihre Qualität als politische Funktionäre und damit die Qualität des politischen Lebens abhängen. Und es wird sich bald zeigen, daß die Einrichtungen, die wir jetzt schaffen, sich allmählich als unzulänglich erweisen, etwa, daß wir umfassenderer bedürfen, anderer pädagogischer Methoden.



Bruno Kreisky, Erich Fröschl, James Tobin, Veranstaltung „Die Konservative Konterrevolution in der Wirtschaftspolitik“, 1982 | Foto: Foto Zentrum am Schwarzenbergplatz



Bruno Kreisky, Vortrag „Möglichkeiten für eine Entspannungspolitik. Einige Betrachtungen zur weltpolitischen Lage“, 1985 | Foto: Johann Klinger

Und es wird sich sehr bald zeigen, daß wir in Wirklichkeit erst in der Prähistorie der politischen Allgemeinbildung stehen. Aber der Anfang muß eben gemacht werden.

Und so noch eine Überlegung: Durch die sogenannte Bildungsexplosion, die für unsere Zeit kennzeichnend ist und auch Österreich nun zu erfassen beginnt, werden den Begabungen auch innerhalb jener Klassen, wo sie bisher vernachlässigt wurden, neue sogenannte Aufstiegschancen eröffnet werden. Damit kommt es zwangsläufig zu einer Verengung des Begabungsreservoirs, das für die Politik im weitesten Sinn in Betracht kommt. Hier werden neue Aspekte zu beachten sein, um vor allem in jungen Menschen die Freude und Lust, in der Politik zu wirken, zu wecken, vor allem wird ihnen die Notwendigkeit, ihre Pflicht zur Verantwortung, an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken, bewußt gemacht werden müssen. Ich habe es mit Absicht vermieden, über die politische Zielsetzung zu reden, weil ich weiß, wie gefährlich es wäre, das in ein paar Sätzen tun zu wollen. Übrigens habe ich unlängst von einer durchaus törichten Auslegung

meiner Auffassung, wonach wir uns den sogenannten letzten Zielen bestenfalls asymptotisch anzunähern vermögen, von einem Redner der ÖVP erfahren. Er meinte, daß ich sogar aufgehört hätte, an den Sozialismus zu glauben.

Was soll ich darauf sagen? Die beste Antwort scheint mir zu sein, was Rudolf Wohlenannt in seinem Buch „Was ist Wissenschaft“ hierüber geschrieben hat: „Daß ein Ideal nicht erreicht werden kann, besagt weder seine Nutzlosigkeit noch die unausweichliche Vergeblichkeit von Bemühungen, sich ihm zu nähern. Wir können hier eine Entsprechung zum Problem der Toleranz erkennen: absolute Toleranz ist unerreichbar, aber ob jemand tolerant ist, erkennt man an seiner stetigen und vor allem in seiner im entscheidenden Fall vorhandenen Bereitschaft, möglichst tolerant zu sein.“

Wusstest du, dass ...

Über **20 Staats- und Regierungschef:innen** bei uns zu Gast waren.

10 Nobelpreisträger:innen Vorträge bei uns gehalten haben.

Die Gründung des Karl-Renner-Instituts auf dem „**Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit**“ im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ beruht, das am **9. Juli 1972** vom Nationalrat beschlossen wurde.

Unser Foto- und Videoarchiv über **16.000 Dokumente** umfasst.

RENNER ein Palindrom ist.
(Lies es mal von hinten)

Zum **Zeitpunkt der Gründung** des Karl-Renner-Instituts:

Willy Brandt in Deutschland, **Olof Palme** in Schweden und **Bruno Kreisky** in Österreich Regierungschefs waren.

Sich die Welt mitten im Kalten Krieg befand und der **Vietnamkrieg** tobte.

Frauen in Österreich nicht ohne Zustimmung ihrer Männer arbeiten durften.

Kurt Waldheim **Generalsekretär der Vereinten Nationen** wurde.

Die SPÖ mit **absoluter Mehrheit** in Österreich regierte.

„Grenzen des Wachstums“ erschien und die **erste UNO Umweltkonferenz** stattfand.

Eugene Andrew Cernan als vorläufig **letzter Mensch am Mond** war.

Österreich **erst 17 Jahre** zuvor unter maßgeblicher Mitwirkung Karl Renners ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat geworden war.



RennerInstitut



„Verdrossenheit, Irritation, mangelndes Vertrauen in die Einrichtungen der Demokratie können nur beseitigt werden durch kritisches Wissen und die Einsicht in die Notwendigkeit gesellschaftspolitisch motivierter dynamischer Prozesse und den Willen, sie herbeizuführen.“

Bruno Kreisky in seiner Rede zur Konstituierung des wissenschaftlichen Beirates des Dr.-Karl-Renner-Institutes im Dezember 1972

